

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Angriffe auf LGBTIQ-Rechte in Ungarn aufs Schärfste verurteilen

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 111. Sitzung des Nationalrats über Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 1600/A(E) der Abgeordneten Mag. Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen betreffend Konversionstherapien stoppen – einstimmigen Entschließungsantrag aus 2019 endlich umsetzen (898 d.B.)– TOP 17


Während die LGBTIQ-Community weltweit im Rahmen der Pride den Juni damit verbringt, auf die anhaltende und durch Corona sogar noch gestiegene Diskriminierung, Ungleichbehandlung und Gewalt gegenüber der Community aufmerksam zu machen, werden in Ungarn die Rechte von homo-, bi-, transsexueller und intergeschlechtlicher Personen weiter zurückgedrängt. Im Rahmen der Verschärfung der Strafbestimmungen bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sollen gleichzeitig Aufklärungsprogramme an Schulen, Bücher, Filme und andere Inhalte, die eine von der Heteronorm abweichende Sexualität darstellen, verboten werden. Abgesehen von der problematischen Kontextualisierung mit sexualisierter Gewalt ist eine Verunmöglichung von Aufklärung und Information zu LGBTIQ-Themen fatal und genau das Gegenteil von dem, was es für eine liberale, respektvolle und sichere Gesellschaft braucht, in der alle Menschen frei von Angst und Diskriminierung leben können. Diese regelrechte Zensur von LGBTIQ-Inhalten trifft besonders Jugendliche der Community und verhindert Aufklärung und den Abbau von Vorurteilen im Rest der Gesellschaft und muss von der österreichischen Bundesregierung daher aufs Schärfste verurteilt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler und die Bundesministerin für EU und Verfassung, werden aufgefordert, den erneuten Anschlag auf die Rechte der LGBTIQ-Community in Ungarn im Zuge des am 15. Juni 2021 beschlossenen Gesetzesentwurfs aufs Schärfste zu verurteilen."


(HAUER)


(SHETTY)


(HAUER)


FIEDLER


(BRANDSTEDTER)

